

Stefan Philipp

## Wehrpflicht ... und tschüss

### Neue Aufgaben für die Friedensbewegung nach dem absehbaren Fall der Kriegsdienstpflicht

**N**ach der Vereinbarung des Koalitionsvertrages zwischen CDU, CSU und FDP mit dem von vielen Seiten kritisierten Kompromiss der Reduzierung des Grundwehrdienstes auf sechs Monate schien das Thema Wehrpflicht für diese Legislaturperiode eigentlich abgehakt. Dann erschien eine Woche nach der Sparklausur der Bundesregierung Mitte Juni ein »Spiegel«-Interview mit Minister Guttenberg, mit dem die Wehrpflicht-Debatte schlagartig wieder eröffnet und höchst spannend akzentuiert wurde. Auf die Frage, ob es die Wehrpflicht in zehn Jahren noch gebe, sagte der Minister: »Im Grundgesetz wird es sie noch geben. Faktisch wird sie in zehn Jahren wohl abgeschafft sein.« Obwohl er sich selber als Anhänger der Wehrpflicht bezeichnete, zwängen »strukturelle Gründe« zu einer Neubewertung. Gemeint ist damit ist der vollständige Umbau der Bundeswehr, die »professioneller, schneller und flexibler« werden müsse und bei der schon heute »auf ein Minimum« geschrumpfte Anteil der Landesverteidigung noch »kleiner« werde. Also: Deutsches Militär im weltweiten Einsatz verträgt sich mit der Wehrpflicht nicht, weil sie dysfunktional und angesichts des Sparzwangs nicht finanzierbar ist. Auf die Frage schließlich, ob »die militärische Führung Ihr Argument, dass man Wehrpflichtige für die künftige Einsatzarmee nicht mehr gebrauchen kann«, akzeptiere, antwortete der Minister trocken: »Das ist ein Argument, das im Wesentlichen von der militärischen Führung formuliert wird.«

Wir werden wohl nun in den nächsten Monaten »Rückzugsgefechte« erleben. Guttenberg soll Anfang September erläutern, wie er bis zu 40.000 Soldaten »abbauen« will (siehe Kasten auf der nächsten Seite), die beiden Unionsparteien werden auf ihren Parteitagen im Herbst ihre Position zur Wehrpflicht beschließen. atürlich werden diejenigen, die aus ideologischen Gründen an ihr festhalten wollen, laut tönen, aber woher das Geld für das militärisch überflüssige Luxusgut Wehrpflicht – das die betroffenen jungen Männer mit ihrer geraubten Freiheit bezahlen – kommen soll, werden auch sie nicht erklären können. Viel spricht deshalb für dieses Szenario: Die Union findet programmatisch einen Kompromiss, der so ähnlich aussieht wie der, den die Sozialdemokraten bereits gefunden haben: Die Wehrpflicht bleibt im Grundsatz bestehen, einberufen wird aber nur noch, wer sich dafür freiwillig meldet. Damit wahren alle ihr Gesicht, die FDP wird sich mit dieser Lösung zufrieden geben, die Sozis können schlecht widerspre-

chen, Grüne und Linke interessieren bei dieser ganz großen Koalition nicht.

Für KriegsgegnerInnen, PazifistInnen und AntimilitaristInnen sieht das nicht ganz so einfach aus. Zunächst müssten sie konstatieren, dass keines ihrer inhaltlichen Argumente den Zerfall der Wehrpflicht bewirkt hat; nicht als Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen fällt der Kriegsdienstzwang, sondern weil er zu teuer ist. Krieg hingegen wird Deutschland weiterhin führen – billiger, effektiver und »tödlicher«. Aus menschenrechtlicher Sicht fällt wenigstens die Abrichtung ganzer männlicher Generationen auf das »Dienen fürs Vaterland« weg, ein klarer Freiheitsgewinn.

Friedens- und KDV-Organisationen müssten sich nicht mehr der Beratung von Kriegsdienstverweigerern beschäftigen und sich mit Behörden und Gerichten »herumschlagen«. Die Erfahrungen der DFG-VK aus den letzten Jahrzehnten zeigen es: Politisch hat die Beratungsarbeit wenig bis nichts bewirkt, weder mitgliedermäßig für die eigene Organisation noch politisch für eine starke Antikriegsbewegung. Der faktische Wegfall der Wehrpflicht könnte und müsste von ihr und anderen Organisationen zum Anlass genommen werden, neue Konzepte wirksamer Antikriegsarbeit zu entwickeln – angefangen von der effektiven Behinderung und Skandalisierung der Rekrutierung so genannter Freiwilliger, darunter in erheblicher Zahl angesichts der wirtschaftlichen Lage perspektivloser junger Männer und Frauen, über die Betreuung und Organisation von Desertion und Kriegsdienstverweigerung (noch) aktiver Soldaten bis hin zur Zusammenarbeit mit kritischen und desillusionierten Veteranen; alles Bausteine neben anderen für eine umfassende Strategie, die das kriegskritische Bewusstsein der Bevölkerungsmehrheit stärken und ihm politische Wirkung verleihen muss.

Und schließlich: Vielleicht gelingt es, aus der jahrzehntelangen fruchtbaren Zusammenarbeit eines breiten Bündnisses von radikalen PazifistInnen, Menschenrechtsgruppen, Gewerkschaften, Jugendverbänden und Kirchen zum Thema Gewissensfreiheit der Kriegsdienstverweigerer in der Zentralstelle KDV den Schluss zu ziehen: Ein solches Bündnis ist – nun in anderem Rahmen – nötig gegen deutsche Kriegspolitik und für – mindestens – den »Vorrang von zivil«.

*Stefan Philipp ist Forum Pazifismus-Redakteur und aktiv in der DFG-VK.*